

Hollandes letzter Trumpf

Frankreich nach den Kommunalwahlen

Günter Müchler*



Wird Frankreich mehr und mehr zum Sorgenkind Europas? Das Land kann die Stabilitätsziele nicht erreichen. Die Wirtschaft stagniert. Die Wähler strafen eine kraftlose Regierung ab. Mit der Ernennung von Manuel Valls zum Regierungschef hat Präsident François Hollande bereits seinen letzten Trumpf ausgespielt.

La France en crise

La cuisante défaite électorale du parti socialiste aux municipales du mois de mars traduit la crise sérieuse qui touche la France de François Hollande, malgré les annonces faites en janvier d'un « pacte de responsabilité » dont les effets devaient relancer l'économie du pays.

Le remaniement ministériel du mois d'avril avec la nomination de Manuel Valls à la tête du gouvernement constitue le dernier atout du président de la République confronté à une chute de sa popularité.

Réd.

Das neue Jahr eröffnete der Herr des Elysée mit Fanfarenstößen. François Hollande kündigte einen „Verantwortungspakt“ an, der die Wirtschaft endlich in Schwung bringen soll. Zugleich bekannte er sich als „Sozialdemokrat“ – eine Bezeichnung, die die Linken der französischen Linken immer noch erblassen lässt. Hollandes verbaler Kraftakt gab den ewigen Optimisten unter den Elysée-Astrologen Auftrieb. Nach ihrer Auffassung erklärt sich der nervöse Stillstand, der für die ersten beiden Amtsjahre Hollandes kennzeichnend war, durch eine subtile präsidentielle Geheimstrategie: Behutsam und geduldig bereite das in großen Zeiträumen denkende Staatsoberhaupt ein veränderungsunwilliges Land auf die notwendigen Reformen vor. Der „Verantwortungspakt“ sei demnach die nächste Stufe eines mühsamen, aber erforderlichen Erziehungsprogramms.

Die meisten Bürger finden an dieser Lesart keinen Geschmack. Bei den landesweiten Kommunalwahlen, dem ersten wirklichen Test seit dem Machtwechsel von 2012, verpassten sie der Regierung eine schallende Ohrfeige. Dem *Parti Socialiste* (PS) gingen mehr als 150 Städte verloren, darunter für uneinnehmbar gehaltene sozialistische Festungen wie Limoges. Toulouse, die viertgrößte Stadt, fiel an die Rechte. In Marseille, das wahrlich nicht im Ruf einer bürgerlichen Idylle steht, erlebte der PS ein Debakel.

Dass sich der Wechselwille der Wähler nicht in erster Linie an unfähigen Bürgermeistern entzündete, sondern an der Amtsführung des Präsidenten, bestreiten noch nicht einmal die treuesten Hollande-Anhänger: In Paris schaffte die sozialistische Kandidatin Anne Hidalgo nur deshalb knapp ihr Pensum, weil sie sich jede Unterstützung durch den Elysée-Palast und das Hôtel Matignon, den Sitz des Ministerpräsidenten, verbat. Im bretonischen Quimper wurde dem Amtsinhaber Bernard Poignant zum Verhängnis, dass er als Freund und Ratgeber Hollandes gilt.

Die Schlappe löste die erwarteten Konsequenzen aus. Ministerpräsident Jean-Marc Ayrault musste den Hut nehmen. Das Kabinett wurde umgebildet und verkleinert. Man suchte erst gar nicht nach Ausreden. Stattdessen kündigte der Präsident, nicht zum ersten Mal, eine neue Etappe an. Ein Schönreden der Situation wäre auch zwecklos gewesen. Zu schwach ist die Leistungsbilanz des Staatsoberhaupts: Hollande hatte sich für eine Trendumkehr am Arbeitsmarkt spätestens En-

* Dr. Günter Müchler lebt in Frankreich, er ist freier Journalist und Autor.

de 2013 verbürgt. Die Wette ging daneben. Zugleich muss Paris den europäischen Partnern beichten, auch das nicht zum ersten Mal, dass Frankreich die Neuverschuldung nicht in der versprochenen Weise zurückführen kann.

Krisensymptome

Das Land steckt tief in der Krise. Enttäuschung über Nicolas Sarkozy hatte Frankreich nach links gewendet. Enttäuschung über François Hollande ließ jetzt das Pendel umschlagen. Noch ist die neue Qualität des politischen Großklimas schwer zu bestimmen. Klar ist aber, dass das Land momentan mehr als einen „Swing“ erlebt, wie er in der Mitte einer Wahlperiode nicht unüblich ist. Erodieren das System? Ginge es bloß darum, dass die Flügelparteien wie der rechtsextreme *Front National* und der kaum weniger populistische *Front de Gauche* eine „Sechste Republik“ fordern, müsste man nicht beunruhigt sein.

Aber es gibt ernstere Krisensymptome. Außerparlamentarische Bewegungen wie der Protest der „roten Mützen“ (*bonnets rouges*) und die Massendemonstrationen gegen die Homo-Ehe riefen letztes Jahr schlagartig ins Bewusstsein, dass es soziale Grundströmungen gibt, die den Institutionen-Parcours gar nicht erst suchen. Ein erneuter Schock ist jetzt die Rekordabstimmigkeit bei den Kommunalwahlen. Für die Tatsache, dass bloß sechs von zehn Stimmbürgern zur Wahlurne gingen, haben Analysten nur eine Erklärung: Eine wachsende Zahl von *citoyens* habe das Vertrauens in die regierenden Eliten verloren.

Der neue Ministerpräsident scheint sich diese Warnung zu Herzen zu nehmen. Bei seiner Regierungserklärung in der *Assemblée Nationale* parierte er einen krassen Angriff der Opposition mit den Worten: „Bedenken Sie, dass der Graben zwischen dem Volk und den Verantwortlichen verläuft!“ Was heißen sollte: Wir, Regierung und Opposition, sitzen in einem Boot.

Diesen „Graben“ nach Möglichkeit zu vertiefen, daran arbeiten die zentrifugalen Kräfte der Republik derzeit mit Hacke und Spaten. Die Vorsitzende des *Front National*, Marine Le Pen, bedient sich dabei einer Doppelstrategie. Einerseits versucht sie, ihrer Bewegung den Anstrich bürger-

licher Wohlanständigkeit zu verleihen. Andererseits attackiert sie rüde die rechtsbürgerliche UMP und die Sozialisten (PS) als „UMPS“, d. h. als auswechselbare Vertreter eines abgelebten „Systems“,



mit dem sie angeblich nichts zu tun haben will.

In Wirklichkeit ist sie drauf und dran, einen festen Platz im „System“ einzunehmen. Mit einem Dutzend eroberten Rathäuser und einem Stimmenanteil von durchschnittlich 18 %, wo immer man angetreten ist, steht

der Erfolg der Rechtsaußen-Partei außer Frage. Zwar gingen nicht alle Blütenräume Marine Le Pens auf. Trotzdem steht der FN besser da als je zuvor.

Das kann der Vorsitzende des *Front de Gauche*, Jean-Luc Mélenchon, für seinen Part nicht behaupten. Allerdings konnte sich die Linksfront ebenso wie die grüne Partei dem Abwärtszog der Sozialisten zu entziehen. In Grenoble, wo beide paktierten, lenkt jetzt ein Grüner die Geschicke der Stadt.

Anders als der Aufschwung der Le-Pen-Partei, der mit Ansage erfolgte, hat das gute Abschneiden der UMP bei den Kommunalwahlen überrascht. Die konservativ-bürgerlichen Wähler waren offensichtlich bereit, ihren Ärger über den anhaltenden Führungsstreit für eine Weile herunterzuschlucken und zogen es vor, es den Sozialisten „zu zeigen“. Beachtung findet der Wiederaufstieg Alain Juppés. Der ehemalige Premierminister verteidigte den Bürgermeisterposten von Bordeaux souverän. Er könnte im Tauziehen um den nächsten Präsidentschaftskandidaten der UMP Nicolas Sarkozy in die Quere kommen, der sich in die Rolle des Retters Frankreichs hineingeträumt hat, nun aber erleben muss, dass seine politische Familie offenbar auch ohne ihn auskommt.

Unausweichliche Reibungen

Einen „linken Sarkozy“ nennen Spötter den neuen Regierungschef, den 51-jährigen, als Spanier aufgewachsenen Manuel Valls. Wahr ist, dass sich Valls als Innenminister (auch Sarkozy hatte, bevor er Präsident wurde, dieses Amt inne) das Image eines Machers verschafft hat. „Tatkräftig“ bis „autoritär“ sind die Attribute, die ihm häufig beigegeben werden, und mit dieser Charakteristik hat Valls bisher gut gelebt. Seit Monaten besetzt er Platz eins in der Sympathieskala der linken Politiker; selbst bei der konservativen Klientel genießt er Ansehen. Den Grünen ist er allerdings ein Graus. Sie nutzten den Stabwechsel im Matignon, um sich aus der Regierung zu verabschieden.

Angesichts von Valls' Charakteristik scheinen Reibungen mit dem linken Flügel der Sozialisten unausweichlich. Wie sich das Verhältnis zwischen Matignon und Elysée einpendeln wird, ist eine andere Frage. In der Vergangenheit verhielt sich Valls loyal; er folgte jeder Pirouette, die Hollande drehte und verkniff sich riskante Infragestellungen wie die der Unantastbarkeit der 35-Stunden-Woche, die er zu früherem Zeitpunkt gewagt hatte. Auch in den ersten Äußerungen nach seiner Ernennung blieb er streng auf der von Hollande vorgegebenen Linie. Er verteidigte den „Verantwortungspakt“, ließ aber hinsichtlich der Finanzierung – es geht um 50 Milliarden in drei Jahren – der Fantasie

weitgehend freien Lauf. Deutlich unterstrich er seinen Willen, den kostspieligen „Blätterteig“ der Gebietskörperschaften zu entflechten. Die Zeitziele (2021 für die Abschaffung der *Départements*, immerhin eine Errungenschaft der Französischen Revolution) weisen jedoch bequem über die anzunehmende Halbwertszeit dieser Regierung hinaus. Valls könnte zum Problem werden, dass er in den Augen der Franzosen all das verkörpert, was Hollande fehlt. Lässt er sich „weichspülen“, hat er verloren. Wird er seinem Profil gerecht, hat der Präsident mit ihm ein Problem. Die Chance des neuen Mannes liegt darin, dass er der letzte Trumpf ist, den Hollande ausspielen konnte. Das weiß der Präsident selbst, das wissen auch die Linken in der Sozialistischen Partei, die sich überlegen werden, ob sie es sich leisten können, Valls das Leben schwer zu machen. Letztlich wird Valls nur dann erfolgreich sein, wenn er nachweisen kann, dass er nicht nur groß im Ankündigen, sondern auch im Durchsetzen ist. Sein Vorgänger Jean-Marc Ayrault mag Fehler begangen haben: Zu Fall brachte ihn Handlungsschwäche, die die gesamte erste Halbzeit Hollandes geprägt hat.

Eric Semmour, ein scharfzüngiger Kolumnist, schrieb kürzlich: „Die Frage, die sich heute stellt, lautet: Wozu sind die Politiker noch gut? Wo ist ihre Macht? Was können sie wirklich tun?“ Von Valls wird erwartet, dass er auf diese Fragen überzeugende Antworten findet.

L'affront national et fronde de gauche

C'est plus la crise et le remaniement ministériel que les résultats dans les villes qui auront retenu l'attention des commentateurs de la presse allemande au lendemain des municipales en France.

Comme de nombreux autres journaux allemands, la *Berliner Zeitung* interprète les scores en hausse du Front National non pas comme une poussée du fascisme, mais comme le signe d'un mécontentement des électeurs (« plus fâchés que fachos », comme ne cesse de le faire entendre le FN). La *Frankfurter Rundschau* partage ce point de vue et parle plus de « frustration » que de fascisme (« *Frust national* »). « *Marine Le Pen* », écrit la *Süddeutsche Zeitung*, « récolte les fruits de

la colère des Français ». La plupart des journaux relèvent que la participation n'a jamais été aussi faible lors de municipales et que ceux qui ont choisi de voter ont préféré ne pas donner leur voix aux grands partis. Le *Tagesspiegel* constate que les questions locales, de la construction de logements à l'approvisionnement en eau, ont eu moins d'importance dans ce scrutin que les problèmes de la nation, provoquant ainsi « un cocktail de colère, de désillusions et de sentiment d'abandon », aussi bien au sein de l'opposition que dans les rangs de la gauche et de l'extrême-gauche.

François Talcy